

Angewandte Makroökonomie

Makroökonomie, Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung mit Fallbeispielen

von

Prof. Dr. Reiner Clement, Prof. Dr. Wiltrud Terlau, Prof. Dr. Manfred Kiy

5. Auflage

[Angewandte Makroökonomie – Clement / Terlau / Kiy](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Makroökonomie](#)

Verlag Franz Vahlen München 2013

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4480 3

wieder expansive Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Umstritten ist in diesem Modell die Annahme, dass sich Wähler systematisch täuschen lassen. Sie berücksichtigen nur die wirtschaftliche Lage im Wahljahr und nicht die vielleicht negative Entwicklung in den ersten Jahren der Legislaturperiode. Nach dieser Annahme durchschauen die Wähler die von der Regierung gewählte Strategie nicht.

Schlagwörter	<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidungsträger • Handlungsautonomie 	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Konjunkturzyklen
---------------------	---	---

4.2.3 Instrumente

Die wirtschaftspolitischen Akteure verfügen in der Regel über mehrere Handlungsalternativen, die gegeneinander abzuwägen sind. Sofern der Sachverhalt vom wirtschaftspolitischen Akteur festgelegt, eingesetzt und kontrolliert werden kann, wird von einem wirtschaftspolitischen **Instrument** bzw. Mittel gesprochen. Als **Maßnahme** gilt der Einsatz eines wirtschaftspolitischen Instruments. Die wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen lassen sich nach unterschiedlichen Gesichtspunkten klassifizieren (Abb. 4.13).

Eingriffsintensität

Zu den **verhaltensinduzierenden Instrumenten** zählen z.B. die fiskalpolitischen Instrumente der Einnahmenpolitik (insbesondere Steuersätze), die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte beeinflussen sollen. Eine verhaltensinduzierende Maßnahme muss Anreizwirkungen auf die Marktteilnehmer haben, denn ansonsten kann das angestrebte Ziel in das Gegenteil verkehrt werden. Dieser Sachverhalt ist als **Kobra-Effekt** verfehlter Politikanreize bekannt. Er wurde durch das gleichnamige Buch des Ökonomen *Horst Siebert* bekannt, in dem die Folgen falscher Anreize für die Wirtschaft dargestellt wurden. Die Bezeichnung geht auf ein historisches Ereignis in Indien zurück. Ein britischer Gouverneur wollte einer Kobraplage Einhalt gebieten, indem er ein Kopfgeld auf jedes erlegte Exemplar aussetzte. Dieses Konzept funktionierte zunächst gut, denn es wurden viele tote Schlangen abgeliefert. Jedoch wurde deren Anzahl nicht gemindert, da die Bevölkerung dazu überging, Kobras zu züchten und zu töten, um weiterhin von der Prämie zu profitieren. Als das Kopfgeld nach einem gewissen Zeitraum wieder aufgehoben wurde, ließen die Züchter die Tiere frei, da sie keine Verwendung mehr für sie hatten. Dadurch hatte sich dank (indirekter) staatlicher Förderung die Zahl der Kobras vervielfacht.

Verhaltensanweisende Instrumente dienen überwiegend dem Schutz von bestimmten Personengruppen (z. B. Verbot der Kinderarbeit) oder der Umwelt (z. B. Produktionsverbote). Im Fall der **verhaltensabstimmenden Instrumente** – z. B. Tarifverhandlungen – erfolgt die Koordinierung der Interessen ohne Zwang. Die einzelnen Instrumente lassen sich zudem **quantitativ** oder **qualitativ** ausgestalten. Zu den quantitativen Instrumenten zählen z. B. Zinssätze. Ein qualitatives Instrument wäre z. B. die Privatisierung von Staatsbetrieben oder der Abbau von bürokratischen Hemmnissen (**Deregulierung**) mit dem Ziel, die Spielräume für unternehmerische Investitionen zu vergrößern.

Entscheidungsspielraum

Kann der wirtschaftspolitische Akteur von Fall zu Fall nach freiem Ermessen über den Einsatz des Instruments entscheiden, liegt eine **fallweise** oder **diskretionäre Steuerung** vor (z. B. Änderung von Zinssätzen durch die Zentralbank). **Diskretionäre Wirtschafts-**

politik ist ein zweiseitiges Schwert. Sie erlaubt idealerweise sofortige Maßnahmen gegen Fehlentwicklungen. Aufgrund von Entscheidungs- und Wirkungsverzögerungen ist jedoch nicht auszuschließen, dass Maßnahmen prozyklisch und nicht antizyklisch wirken, so dass die Abweichungen vergrößert und nicht verringert werden. Ein **Automatismus** lässt keine eigenständigen Entscheidungen der wirtschaftspolitischen Akteure zu, sondern reagiert selbständig auf eingetretene Situationen. Ein Beispiel ist die *built-in-flexibility* des Steuersystems, die aufgrund der Steuerprogression zu einer Dämpfung konjunktureller Schwankungen beiträgt.

Werden wirtschaftspolitische Instrumente aufgrund zuvor selbst festgelegter Regeln getroffen, liegt eine **regelgebundene Politik** vor. Beispielhaft kann die Interventionsverpflichtung der Zentralbanken innerhalb des früheren Europäischen Währungssystems genannt werden, die Devisenver- bzw. -aufkäufe vorsah, wenn der Wechselkurs der beteiligten Währungen bestimmte Bandbreiten verlassen hatte. Ein weiteres Beispiel ist der Stabilitätspakt in der EWU, der Strafzahlungen vorsieht, wenn die laufende Staatsverschuldung eine festgelegte Grenze übersteigt. **Regelgebundene Wirtschaftspolitik** hat mehrere Implikationen. Sie nimmt die Möglichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung mitzugestalten. Damit kann sie sich als zu starr bei exogenen Schocks erweisen. Dies wäre z. B. der Fall, wenn bei einem Kurssturz an den Börsen die Notenbanken an einem zuvor festgelegten Geldmengenziel festhalten.

Die Regel „schützt“ andererseits die Entscheidungsträger vor öffentlichem Druck. Eine Regierung könnte z. B. daran denken, kurz vor dem Ende einer Legislaturperiode kurzfristig opportunistisch erscheinende Maßnahmen zu ergreifen, um die Wahlchancen zu erhöhen. Im Fall der Regelbindung ist dies nicht möglich. Die Wirtschaftspolitik wird für die Wirtschaftssubjekte berechenbar und wirkt verstetigend. Allerdings muss die Regel bestimmten Anforderungen genügen:

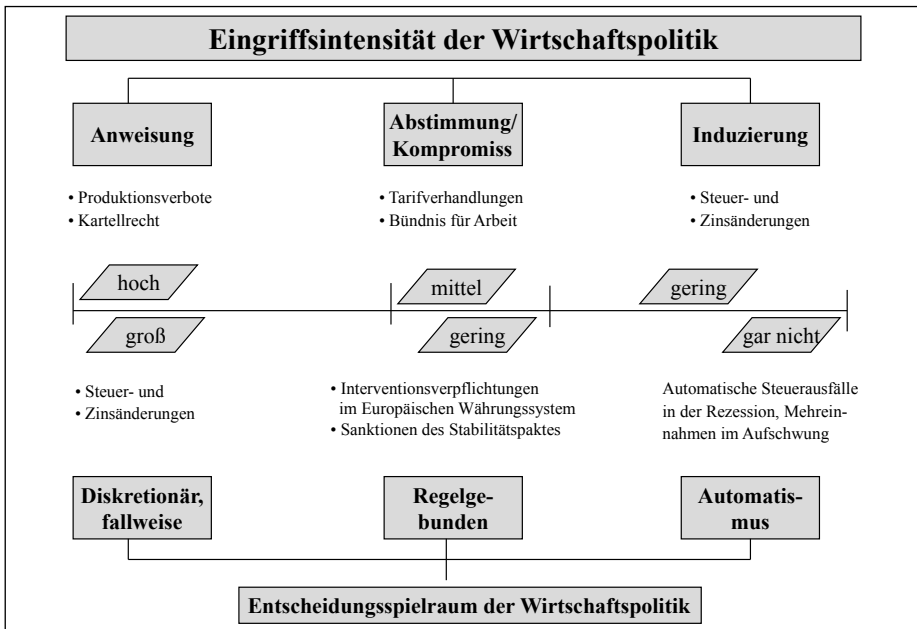


Abb. 4.13: Wirtschaftspolitische Instrumente

- Die Regel muss **einfach** sein, d. h. nachvollziehbar für die Öffentlichkeit und gegebenenfalls für die Gerichte, wenn Verstöße geahndet werden sollen.
- Die Regel muss auf ein **konkretes Ziel** ausgerichtet sein.
- Die Regel muss auf eine **stabile** Beziehung zwischen den einschlägigen ökonomischen Aggregaten abstellen (z. B. die Quantitätsgleichung, vgl. Kap. 10).

In der Praxis ist die Umsetzung einer Regelbindung kompliziert, denn Wirtschaftspolitik wird nicht im Labor betrieben. Auch muss sie sich in einer pluralistischen Gesellschaft mit Einzelinteressen auseinandersetzen. Das ökonomische Umfeld ändert sich ständig und kann der Wirtschaftspolitik neue Antworten abverlangen. Eine strikte Regelbindung kann sich dann als hinderlich erweisen. Es spricht also einiges dafür, die Regelbindung nicht zu streng auszulegen, sondern ihr einen Spielraum für diskretionäres Handeln beizumischen.

Glaubwürdigkeit und Zeitinkonsistenz der Wirtschaftspolitik

Begründet wird die Vorteilhaftigkeit einer Regelbindung u. a. mit dem **Problem der Zeitinkonsistenz optimaler Strategien**. Im Jahr 2004 erhielten *Finn E. Kydland* und *Edgar C. Prescott* den Nobelpreis „für ihre Beiträge zur dynamischen Makroökonomie, insbesondere für ihre Arbeiten über das Problem der Zeitinkonsistenz wirtschaftspolitischer Entscheidungen und die treibenden Kräfte hinter Wirtschaftszyklen“.

Das Grundproblem besteht darin, dass der Staat (einschließlich der Notenbank) die Macht hat, einmal eingegangene Verpflichtungen doch nicht zu erfüllen. Anders als z. B. bei privaten Haushalten oder Unternehmen fehlt beim Staat selbst eine übergeordnete Instanz, die eine Einhaltung von Verträgen und (Selbst-)Verpflichtungen überwacht. Dies ist dann problematisch, wenn sich einerseits die privaten Haushalte und Unternehmen auf die Erfüllung solcher Verpflichtungen verlassen haben, andererseits für den Staat der Anreiz besteht, später von solchen Verpflichtungen abzuweichen. In diesem Fall liegt eine **Zeitinkonsistenz** vor (Abb. 4.14).



Abb. 4.14: Glaubwürdigkeit und Zeitinkonsistenz der Wirtschaftspolitik

Betrachten wir als Beispiel einen ausländischen Investor, der in einem Land eine Produktionsstätte errichten will. Wenn die Investition einmal umgesetzt ist, kann die Besteuerung entgegen der ursprünglichen Ankündigung des Staates in dem Zielland sehr hoch werden, ohne dass eine „Kapitalflucht“ möglich ist. Rechnet der Investor mit einer hohen Besteuerung, so wird er auf die Investition verzichten und umgekehrt. Das Investitionsbeispiel mit der Ankündigung des Staates „keine Steuern“ lässt sich tabellarisch verdeutlichen, wobei die Auszahlungen den Nutzen in Mio. € für das Land bzw. den Investor darstellen:

Option des Unternehmens	Alternative	Land	Investor
glauben (Investition)	nicht besteuern	1	3
	besteuern	3	-1
nicht glauben	keine Investition	0	0

Überlegen Sie selbst, welches Ergebnis eintreten wird. Weitere Beispiele, in denen das Problem der Zeitinkonsistenz eine Rolle spielt, ist die Geldpolitik (vgl. Kap. 12) oder die Einhaltung von Verschuldungsgrenzen (vgl. Kap. 8). Lösbar ist dieses Problem durch Regeln, Reputation und Glaubwürdigkeit der wirtschaftspolitischen Instanzen.

Bei Änderungen der wirtschaftspolitischen Strategie wird häufig auf das Wirken von **Goodhart's Gesetz** verwiesen. Eine ökonomische Beziehung wird dann instabil, wenn sie wirtschaftspolitisch für Kontrollzwecke eingesetzt werden soll. Wenn also eine Messzahl politisch unter Druck gerät (z. B. ein Geldmengenziel oder eine Verschuldungsgrenze), dann stimmen diejenigen, deren Verhalten damit gemessen werden soll, ihr Verhalten auf diese Messzahl ab.

Instrumenteneinsatz und Entscheidungsautonomie

Aufgabe der Stabilisierungspolitik ist es, die Folgen makroökonomischer Schocks durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu korrigieren. Zwar haben die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger eigene Ziele und Handlungsspielräume. Häufig verspricht jedoch eine freiwillige Politikkooperation (**policy mix**) Erfolg bei der Erreichung von Stabilisierungszielen. Betrachten wir ein Beispiel. Als *Bill Clinton* Ende 1992 zum US-Präsidenten gewählt wurde, lag das Budgetdefizit bei 4,5% des BIP. Ein zu rascher Abbau des Defizits hätte die Gefahr eines Nachfragerückgangs mit sich gebracht und die Situation verschärft. Der damalige US-Notenbankchef *Alan Greenspan* hatte dem US-Präsidenten jedoch signalisiert, dass er den negativen Auswirkungen einer kontraktiven Finanzpolitik (d. h. den Abbau des Budgetdefizits) durch eine expansive Geldpolitik (d. h. durch Zinssenkungen) entgegenwirken würde. Schrittweise gelang es durch diese nicht schriftlich fixierte Politikkoordination die Budgetdefizite zurückzuführen und die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad zu bringen. Derartige Situationen lassen sich in makroökonomischen Modellen (z. B. mit Hilfe aggregierter Angebots- und Nachfragefunktionen) darstellen und sind in der Philosophie dieses Buches ein Beispiel dafür, dass sich die drei Ebenen der Makroökonomie – Datenanalyse, Theorie und Wirtschaftspolitik – nahtlos zusammenfügen (Abb. 4.15).

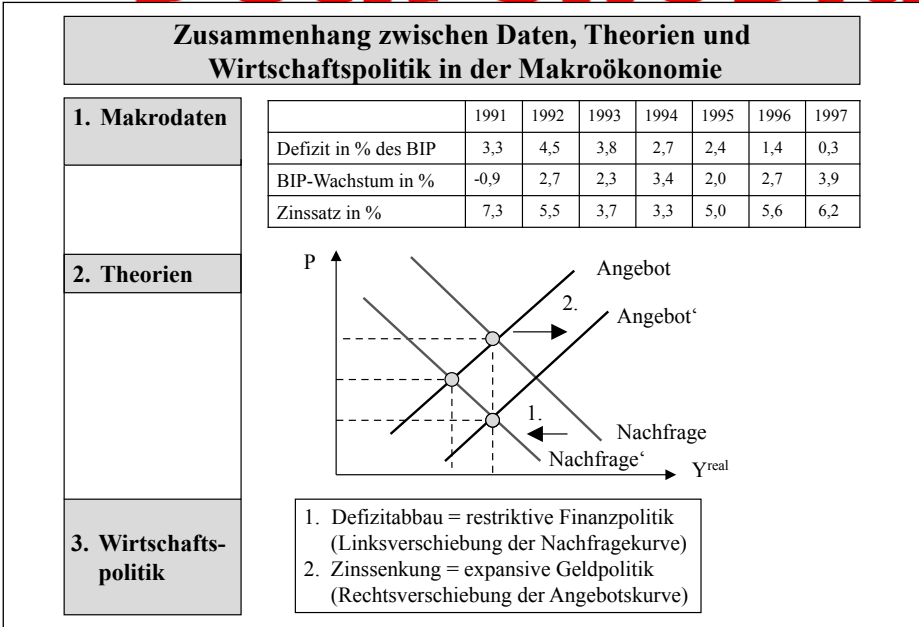


Abb. 4.15: Die drei Ebenen der Makroökonomie (Fallbeispiel)

Schlagwörter	<ul style="list-style-type: none"> Instrumente, Maßnahmen Verhaltensinduzierung, Verhaltensabstimmung, Verhaltensanweisung fallweise Entscheidungen Kobra-Effekt 	<ul style="list-style-type: none"> Regelbindung Automatismus Zeitinkonsistenz Goodhart's Gesetz policy-Mix
---------------------	--	---

4.3 Fallbeispiele zu Kapitel 4

Lösungs- und Bearbeitungshinweise sowie alle Abbildungen dieses Kapitels finden Sie unter:
www.vahlen.de

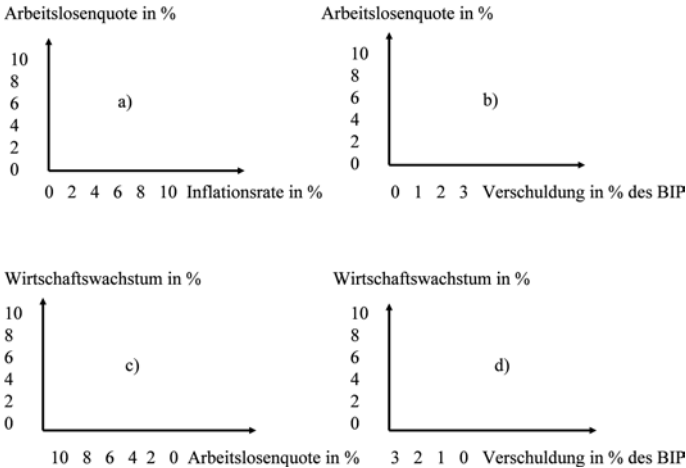


Fallbeispiel 4.1: Magisches Viereck (0)

- a) Welche Ziele enthält das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz?
- b) Warum wird das Gesetz als „magisches Viereck“ bezeichnet?
- c) Wie lassen sich die Ziele quantifizieren?

Fallbeispiel 4.2: Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik (++)

Der Regierungschef eines Landes möchte gleichzeitig die Ziele Senkung der Arbeitslosigkeit, Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und Abbau der Verschuldung erreichen. Erläutern Sie mögliche Zielbeziehungen im Rahmen der nachfolgenden Diagramme.



Fallbeispiel 4.3: Ordnungs-, Prozess- und Strukturpolitik (0)

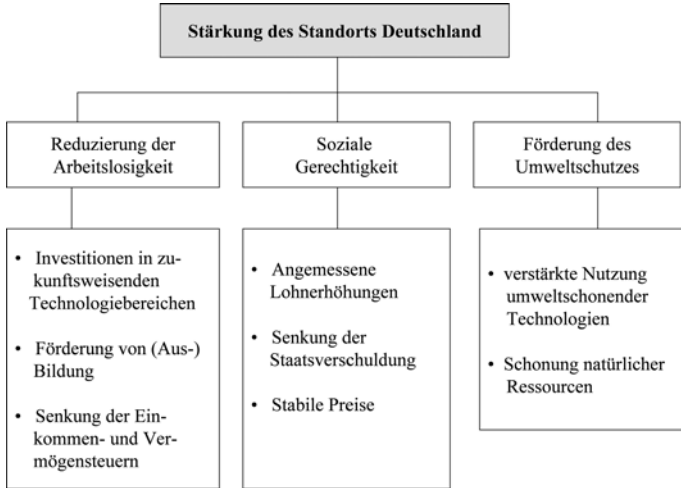
- 1) Grenzen Sie die Begriffe Ordnungs-, Prozess- und Strukturpolitik voneinander ab.
- 2) Ordnen Sie die nachfolgenden Begriffe der Ordnungs-, Prozess- und/oder Strukturpolitik zu.

Begriff	Ordnung	Prozess	Struktur
Wettbewerbsrecht			
Investitionszulagen			
Notenbankzinsen			
Steuern			
Verbraucherschutz			
Notenbankautonomie			
Wechselkurspolitik			

- 3) In einer Zeitung können Sie lesen, dass Prozess- und Strukturpolitik für die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger attraktiver sei als die Ordnungspolitik. Erläutern Sie diese Aussage.

Fallbeispiel 4.4: Konsistenz wirtschaftspolitischer Zielsysteme (+)

Die gewählte Regierung eines Landes hat einen Vorschlag über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik vorgelegt. Beurteilen Sie, ob und inwieweit der Vorschlag den allgemeinen Anforderungen eines konsistenten Zielsystems entspricht.



Fallbeispiel 4.5: Wirtschaftspolitische Denkschulen und Konzepte (+)

1) Unterscheiden Sie die angebots- und nachfrageorientierte Konzeption der Wirtschaftspolitik unter folgenden Gesichtspunkten:

Kriterium	Angebotspolitik	Nachfragepolitik
Zeithorizont		
Stabilität des privaten Sektors		
Staatsauffassung		
Instrumenteneinsatz		

2) Welche der nachfolgenden Positionen könnte dem (1) keynesianischen und/oder (2) (neo)-klassischen Gedankengut zugeordnet werden?

Position	(1)	(2)
„Der Staatsanteil muss deutlich reduziert werden“.		
„Das andauernde Hin und Her in der Wirtschaftspolitik verunsichert die Wirtschaftssubjekte“.		
„In der Rezession sind Zinssenkungen unumgänglich“.		
„Eine Absenkung der Einkommensteuern ist ein geeignetes Mittel, um die Konjunktur bzw. das Wachstum zu beleben“.		
„In der Rezession soll sich der Staat verschulden“.		

Fallbeispiel 4.6: Politischer Konjunkturzyklus (+)

- 1) Zeigen Sie graphisch, wie es zu politischen Konjunkturzyklen kommen kann.
- 2) Beurteilen Sie, ob ein solcher Konjunkturzyklus in Deutschland möglich ist.

Fallbeispiel 4.7: Wirtschaftspolitische Entscheidungsträger und Instrumente (+)

1) Welcher Entscheidungsträger ist in einer Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie (un-)mittelbar für das Erreichen der nachfolgenden Ziele verantwortlich?

Ziel	Entscheidungsträger
Wirtschaftswachstum	
Umweltschutz	
Gerechte Einkommensverteilung	
Sichere Arbeitsplätze	

2) Beurteilen Sie die folgenden Instrumente:

Instrument	Eingriffsintensität	Qualitativ/Quantitativ
Umweltauflagen		
Einkommensteuer		
Lohnhöhe		
Deregulierung		

- 3) Welche Anforderungen sind an eine wirtschaftspolitische Regel zu stellen?
- 4) Welche Bedeutung hat der Kobra-Effekt für die Wirtschaftspolitik?